

Da werden wir sehr genau hinschauen

Fortsetzung von Seite 17

Sind Sie bei den bevorstehenden Messungen in Neuhausen mit dabei?

Stössel: Wir sind vorläufig nur in der Beobachterposition. Die Nagra wird die Informationen aufnehmen und auswerten, und irgendwann wird sie einen Bericht vorlegen. Wir werden diesen dann wahrscheinlich mit unabhängigen Seismikexperten anschauen und prüfen.

Der Regierungsrat ist verpflichtet, mit allen politischen Mitteln gegen ein mögliches Lager auf Kantonsgebiet anzugehen. Sind Sie politisch neutral?

Stössel: Der Regierungsrat ist zwar zu Widerstand verpflichtet, er hat aber auch entschieden, dass er das Verfahren konstruktiv und auch sehr kritisch begleiten will. Darin besteht unsere Aufgabe. Wir bringen eine kritische zweite, dritte oder vierte Expertenmeinung zu den technisch-naturwissenschaftlichen Aspekten ein. Hier argumentieren wir selbstverständlich sachlich-naturwissenschaftlich, unabhängig von politischen Interessen. Wir sehen es im Namen der Bevölkerung als unsere Aufgabe, kritisch hinzuschauen, damit wir mit bestem Wissen und Gewissen ausschliessen können, dass offensichtliche Fehlschlüsse gezogen werden. Die Nagra hat nicht immer Freude an den kritischen Äusserungen der Kantone. Aber letztlich verbessert das den Prozess.

Ein Endlager für hoch radioaktiven Abfall soll für eine Million Jahre sicher sein. Gibt es – aus Sicht der Geologie – über einen solchen Zeitraum absolute Sicherheit?

Stössel: Eine Million Jahre sind für Geologen tatsächlich einen Augenblick. Das Gestein, das da unten lagert, ist 180 Millionen Jahre alt, und es hat sich hier nicht fürchterlich viel verändert, andernorts schon. Erosionsprozesse laufen auf einer kürzeren Zeitschiene ab und sind schwerer abzubilden. Man kann viel ausschliessen, aber eine endgültige Sicherheit gibt es nicht.

Morgen im Einwohnerrat

Die Nagra informiert vor der Sitzung

Die erste Sitzung des Neuhauser Einwohnerrats im Jahr 2016 beginnt morgen eine Stunde früher als gewohnt. Grund ist, dass die Nagra um 18 Uhr in der Aula der Rhyfallhalle über die geplanten seismischen Messungen auf Neuhauser Gebiet informieren will (siehe Artikel Seite 17).

Fragen zu Tourismus und KBA Hard

Ab 19 Uhr beginnt dann die offizielle Sitzung, traktandiert ist etwa die Beantwortung einer Interpellation zur KBA Hard. SP-Fraktionspräsident Jakob Walter hatte diese eingereicht und den Gemeinderat gebeten, die Vor- und Nachteile eines Verbleibs im Kläranlagenverband gegenüber einem Austritt darzulegen. Neuhausen am Rheinfall ist wie die Stadt Schaffhausen, Flurlingen und Feuerthalen eine Verbandsgemeinde des Kläranlagenverbands. Möglich wäre auch der Status als Vertragsgemeinde ohne Mitbestimmungsrechte. Ebenfalls von Jakob Walter eingereicht worden war eine Interpellation zum Thema Tourismus. Walter fragt, welche Einnahmen und Ausgaben sowohl für die Gemeinde Neuhausen als auch für den Kanton aus dem Rheinfalltourismus resultieren.

Nur noch zur Kenntnis nehmen muss das Parlament einen Bericht des Gemeinderats zur «Neuhauser Woche». Hier steht eine Vertragsänderung an – unter anderem reduziert sich der Unterstützungsbetrag der Gemeinde von 60 000 Franken auf 50 000 Franken. (sba)

Bernaths Kandidatur macht die Stadtratswahlen spannend

Der Vorstand der GLP schlägt Katrin Bernath einstimmig zur Nomination für die Stadtratswahlen vor. Die Nachfolge von Urs Hunziker wird somit zur Kampfwahl.

VON DANIEL JUNG

SCHAFFHAUSEN Bildungsreferent Urs Hunziker (FDP) hat angekündigt, nicht mehr zur Wiederwahl in den Stadtrat anzutreten. Somit wird bei den Stadtratswahlen im August ein neues Mitglied gewählt werden. Der Vorstand der Grünliberalen Partei (GLP) hat gestern mitgeteilt, dass er Grossstadträtin Katrin Bernath einstimmig für die Stadtratswahlen vorschlägt. Eine offizielle Nominationsversammlung der Partei ist noch ausstehend.

Damit ist klar, dass die Wahl um die Nachfolge von Urs Hunziker spannend wird: Letzte Woche hatte die FDP ihren Grossstadtrat Diego Faccani als Stadtratskandidaten lanciert.

Präsidentin der Mitte-Fraktion

Katrin Bernath wurde 2010 in den Grossen Stadtrat gewählt. Sie ist in der Baufachkommission und in diversen Spezialkommissionen tätig. Zudem ist sie Fraktionspräsidentin von ÖBS, CVP, EVP und GLP. «Durch ihre fundierten Voten, ihre engagierte Mitarbeit in den Kommissionen sowie durch ihr authentisches und sympathisches Auftreten hat sie sich im Parlament breite Anerkennung verschafft», schreibt die GLP in einer Mitteilung. Bernath habe bei ihrer politischen Tätigkeit bewiesen, dass sie das Interesse der Stadt im Blick habe und sich unabhängig vom Linksrechts-Schema für breit abgestützte Lösungen einsetze.

«Ich bin sehr motiviert, mich für die Stadt Schaffhausen und ihre Bewohner zu engagieren», sagt Bernath auf An-



Die 43-jährige Grossstadträtin Katrin Bernath (GLP) kandidiert für einen Sitz im Schaffhauser Stadtrat. Bild zvg

frage. «Ich lebe sehr gerne in Schaffhausen, und ich möchte mich dafür einsetzen, dass die Stadt ein attraktiver Wohnort bleibt.»

«Etwas mehr politische Vielfalt würde dem Stadtrat guttun», sagt Bernath. «Gerade auf städtischer Ebene ist die FDP kaum mehr von der SVP zu unterscheiden.»

«Gerade auf städtischer Ebene ist die FDP kaum mehr von der SVP zu unterscheiden.»

Katrin Bernath

die FDP kaum mehr von der SVP zu unterscheiden.» Seit dem Rücktritt von Thomas Feurer ist die Mitte-Fraktion nicht mehr im Stadtrat vertreten. «Zu-

dem ist es Zeit für eine Frau im Stadtrat», schreibt die GLP.

Beruflich verfügt Bernath über Erfahrung aus der Privatwirtschaft und der Verwaltung: Nach ihrem Berufseinstieg als Primarlehrerin in der Stadt Schaffhausen studierte sie Mathematik und Volkswirtschaft. Sie arbeitete als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft und bei den Parlamentsdiensten des Bundes, bevor sie in einem privaten Ingenieurunternehmen den Bereich Umweltökonomie leitete. Seit Januar 2015 ist sie Bereichsleiterin Umwelt- und Gesundheitsschutz der Stadt Winterthur.

Bernath hatte bereits 2014 für einen Sitz im Stadtrat kandidiert. Gewählt wurde damals jedoch Daniel Preisig (SVP).

SVP sagt Ja zur Spitalvorlage und zweimal Nein zur Strukturreform

Zur Parteiversammlung der kantonalen SVP trafen sich 72 Personen im Restaurant zum alten Schützenhaus. Im Zentrum standen die Abstimmungen vom 28. Februar.

In seiner Eröffnungsrede informierte Interimspräsident Pentti Aellig die Parteimitglieder am Montag über die Strategie bei den diesjährigen Gesamterneuerungswahlen. Wichtig sei es, dass sich sowohl die SVP-Amtsträger als auch die Parteimitglieder für die grundsätzlichen Positionen der Schweizerischen Volkspartei einsetzten, so Aellig. Eine ganz zentrale Rolle spielte dabei, dass die SVP zusammen mit der Bevölkerung dagegen ankämpfe, dass der Volkswille von der Obrigkeit immer öfter ausgehebelt werde. Und er warnte seine Partei davor, der Regierung grünes Licht zu geben bei der Ausarbeitung von kantonsweiten Zwangsfusionen.

Kantonsrat Markus Müller stellte die Vorlage «Reorganisation des Kantons Schaffhausen und seiner Gemeinden» vor. Der Vorlage müsse man eine klare Absage erteilen, eine Absage an eine Fragestellung, welche die bewährte Demokratie und Mitwirkung infrage stelle und mit völlig unverbindlichen Antworten die Gesundheit des

Kantons behindere. Der BAK-Basel-Bericht habe ergeben, dass das Problem eher beim Kanton als bei den Gemeinden liege. Müller empfahl ein zweifaches Nein. Dieser Empfehlung folgte die Versammlung und fasste für das Modell A klar mit 3 Ja und 52 Nein die Nein-Parole, ebenso für das Modell B mit 1 Ja und 58 Nein. Bei der Stichfrage wählte sie das – nach ihrer Ansicht – kleinere Übel, das Modell B.

Die Spitalvorlage wurde von Kantonsrat Werner Schöni vorgestellt. Die Spitalliegenschaften werden vom Kanton an die Spitäler Schaffhausen übertragen. Oberstes Ziel der Vorlage sei die Erhaltung eines konkurrenzfähigen, öffentlichen Spitals zur Sicherung einer qualitativ guten Notfall- und Grundversorgung. Mit der Eigentumsübertragung sind die Spitäler Schaffhausen selbst für Unterhalt, Erneuerung und Finanzierung ihrer Infrastruktur zuständig. Schöni empfahl ein Ja. Die Versammlung fasste mit 57 Ja und 3 Nein bei 8 Enthaltungen die Ja-Parole.

Ja zur Durchsetzungs-Initiative

Die Durchsetzungs-Initiative wurde von Ständerat Hannes Germann vorgestellt. Er betonte, dass die Ausschaffungs-Initiative am 28. November 2010 klar angenommen worden sei. Der Volkswille werde von Bundesbern nicht umgesetzt, und das sei für unsere direkte Demokratie höchst bedenklich. Bei der Durchsetzungs-Initiative wurde

ein genauer Kriterienkatalog erstellt, damit klar ist, wer nach welchen Vergewen ausgeschafft wird. Die Versammlung folgte der Empfehlung von Germann und fasste mit 67 Ja zu 2 Nein die Ja-Parole.

SVP für zweite Gotthardröhre

Nationalrat Thomas Hurter stellte die Gotthardvorlage vor. Sie sieht den Bau eines zweiten Gotthardstrassentunnels vor. Die Alternative wäre eine Sanierung des bestehenden Strassentunnels. Jetzt sei es höchste Zeit, dass man die Sicherheit ins Zentrum stelle und eine zweite Röhre baue. Hurter empfahl ein Ja. Die Versammlung fasste mit 71 Ja zu 0 Nein die Ja-Parole.

Hannes Germann präsentierte auch die Volksinitiative «Gegen die Heiratsstrafe». Die Volksinitiative will, dass in Zukunft die Ehe gegenüber anderen Lebensformen nicht benachteiligt wird. Die Versammlung beschloss mit 60 Ja und 9 Nein die Ja-Parole.

Die Volksinitiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» sei wohl gut gemeint, so Nationalrat Thomas Hurter, doch wer glaube, dass man von der Schweiz aus den weltweiten Handel mit Nahrungsmitteln verbieten könne, der irre. Wenn man dies in der Schweiz durchsetzen würde, «ziehen die wenigen Firmen, die in diesem Segment tätig sind, von Genf nach Frankreich». Die Versammlung beschloss klar die Nein-Parole. (SVP/r.)

DAS ARCHIV

Trouville



Kanzler Kohl in Davos

Heute sind es Themen wie die schwache Wirtschaftslage Chinas, das Chaos im Nahen Osten und die wachsende Angst vor Terror, die beim 46. Jahrestreffen des World Economic Forum (WEF) im Mittelpunkt stehen werden. Vor fast 30 Jahren waren es andere Umwälzungen, die von der Wirtschaftselite in Davos diskutiert wurden.

1990 war die bevorstehende Wiedervereinigung Deutschlands eines dieser Themen. Der damalige westdeutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hielt im Februar eine Rede am WEF. Er appellierte an die westlichen Partner der BRD, die Restabilisierung der DDR mit wirtschaftlichen Mitteln zu fördern, schrieben die SN am 5. Februar 1990. Ein stabiles Europa sei laut Kohl nur durch rasche und zielgerichtete Reformen in den ost- und mitteleuropäischen Staaten zu erreichen. Gerade für den Umbau im Ostblock müsse die westliche Gesellschaft mit ihrer dynamischen Wirtschaft ein Vorbild sein. Diese habe sich, wie Kohl damals sagte, gegenüber der Planwirtschaft des Ostblocks als überlegen erwiesen. «Niemand muss vor einem geeinten Deutschland Angst haben», sagte Kohl.

Den Artikel finden Sie unter <http://archiv.shn.ch/trouvaillen>

Ausgehtipp

► **Mittwoch, 20. Januar**



Weibliche Seite

Heute Abend wird im Kinopolis das Drama «The Danish Girl» des Regisseurs Tom Hooper gezeigt. Dabei handelt es sich um die Geschichte des Ehepaars Einar und Gerda, welches glücklich in Kopenhagen sein Künstlerleben genießt. Die Wende beginnt, als wegen des Fehlens eines weiblichen Modells für ein Porträt Einar einspringen muss und er von nun an seine weibliche Seite nicht mehr verbergen möchte.

Anlass: «The Danish Girl»
Ort: Schaffhausen, Kinopolis
Zeit: 19:45 Uhr



SMS-Umfrage

Frage der Woche:
Bald sind Sportferien: Sind Sie selber auf Ski oder Snowboard aktiv?

So funktioniert es: SMS mit dem Betreff SNFRAGE A für Ja oder SNFRAGE B für Nein an die Nummer 9889 schicken (50 Rappen pro SMS).